

# Kirche im Neoliberalismus

## – eine Standortbestimmung

Von Martin Schuck

1. Die „Kirche im Neoliberalismus“ ist keine neoliberale Kirche. Sie ist Kirche, die in einer von neoliberalen Grundsätzen durchzogenen Gesellschaft lebt und sich in dieser behaupten muss. Intuitiv tut sie dies, indem sie nicht *neben*, nicht *gegen*, sondern *in* der neoliberalen Gesellschaft ihrem kirchlichen Auftrag nachzukommen versucht. Mühelos gelingt ihr damit eine Positionierung in der Mitte der Gesellschaft, wie sie dem DDR-Kirchenbund als Ziel vorschwebte, als er sich bemühte, ab 1973 mittels des Programmbegriffs „Kirche im Sozialismus“ eine Ortsbestimmung innerhalb der damaligen sozialistischen Gesellschaft zu konstruieren, die er jedoch bis zum Ende der DDR 1989 niemals konsequent durchhalten konnte. Aufgrund dieser im Falle der heutigen Kirche vorreflexiven Verortung innerhalb der neoliberalen Gesellschaft besteht die größte Versuchung der Kirche darin, die herrschenden neoliberalen Problemlösungsstrategien zur Lösung ihrer eigenen institutionellen Probleme heranzuziehen.

2. Der ökonomischen Theorie des Neoliberalismus wohnen zwei Tendenzen inne: Zum einen die vollständige Ökonomisierung des öffentlichen Raums und zum anderen die konsequente Privatisierung vormals öffentlicher Güter. Als Folge ist eine verkürzte Sicht auf die nationale Ökonomie wahrnehmbar, in der den komplexen wirtschaftlichen Zusammenhängen einer ausdifferenzierten Gesellschaft durch Maßnahmen begegnet wird, die entwickelt wurden, um das Wirtschaftsgeschehen eines einzelnen Betriebes zu steuern.

Die weitergehende Gefahr, in die solche Gesellschaften zu geraten drohen, besteht darin, dass sich in keinem Bereich der vormals ausdifferenzierten Gesellschaft die leitenden Personen dem Sog der alle Diskurse überlagernden betriebswirtschaftlichen Rationalität entziehen können.

3. Als Institution inmitten der neoliberalen Gesellschaft hat die Kirche auch am strukturellen Problem dieser Gesellschaft Anteil: die Unterfinanzierung des öffentlichen Raums bei gleichzeitiger Auslagerung profitabler Bereiche in private Verfügungsgewalt (bei den Kommunen etwa die „Stadtwerke“). Als Körperschaften öffentlichen Rechts stehen kirchliche Körperschaften vor der gleichen Herausforderung wie die kommunalen Gebietskörperschaften: Sie müssen den Rückgang ihrer Steuereinnahmen verkraften und gleichzeitig mit ihren zu betreibenden Einrichtungen (vor allem im sozialen Bereich und im Bildungssektor) unter verschärftem Konkurrenzdruck bestehen.

4. Die nach dem Ende des landesherrlichen Kirchenregiments analog zum Staat als Behörde konzipierte Kirche gerät durch die neoliberale Ökonomisierung des öffentlichen Raums in eine existenzbedrohende Krise ihrer Organisationsform. In gleichem Maße, wie kommunale Behörden einer internen Transformation unterliegen, steht auch die Kirche vor der Herausforderung, ihre Selbstorganisation zu überdenken. Die neoliberale Logik verführt die Kirche dazu, sich nach dem ökonomischen Leitbild eines Unternehmens auf dem Markt der Religions- und Sinnproduktion zu positionieren.

5. Die neoliberale Gesellschaft unterliegt einer Unterwerfung immer weiterer Bereiche unter die Logik betriebswirtschaftlichen Denkens. Auch die Kirche hat nie ernsthaft versucht, dieser Entwicklung zu widerstehen. Mitte der 1990er Jahre machte die Rede vom „Unternehmen Kirche“ die Runde; seit dieser Zeit arbeiten Perspektivkommissionen unter Anleitung oder Beteiligung von Unternehmensberatern an kirchlichen Zukunftsprogrammen (1996 das „Evangelische München Programm“ auf Initiative des damaligen McKinsey-Managers Peter Barrenstein; 2006 das EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“ ebenfalls unter Mitarbeit von Peter Barrenstein sowie des Hamburger Unternehmensberaters Bernhard Fischer-Appelt), die unter der Vorgabe, die knapper werdenden finanziellen Mittel der Kirche optimal einzusetzen, Umgestaltungen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien als Lösungsweg vorschlagen. Kirchliche Strukturen werden auf diese Weise einer Kontrolle unterworfen, in der einzelne Handlungsfelder auf ihre Effektivität hin zu bewerten sind. Da eine Effektivitätsbewertung bei den meisten kirchlichen Handlungsfeldern aufgrund ihrer dem betriebswirtschaftlichen Denken nicht zugänglichen Rationalität ins Leere läuft, kann der Sinn vieler Einrichtungen nicht mehr adäquat erfasst werden. Eine Aufgabe wenig „populärer“ Handlungsfelder ist ebenso Folge dieser Effektivitätsbewertung wie die Auflösung kleiner Kirchengemeinden. Logische Folge ist die Konzentration auf vermeintlich vitale Zentren; das Ausbluten der Peripherie wird billigend in Kauf genommen, wenn nicht gar aktiv gefördert.

Mit diesem Weg folgt die Kirche einem Trend, der auch in der neoliberalen Stadtentwicklung erkennbar ist: der Hang zum Monumentalismus. Ganze Stadtbezirke veröden, Schulen und andere öffentliche Räume verkommen, aber gleichzeitig liefern sich Städte in einem globalen Wettbewerb Kämpfe um die größten, höchsten und ungewöhnlichsten Gebäude. Museumsneubauten (wie das Guggenheim-Museum in der heruntergekommenen baskischen Industriestadt Bilbao) entstehen, Sportarenen werden mit Unterstützung prominenter Investoren gebaut und tragen deren Namen (SAP-Arena, Allianz-Stadion usw.) und irrsinnige Bahnhofs- (Stuttgart) und Flughafenprojekte (Berlin) werden gegen den Willen der Bevölkerung realisiert. Damit soll eine Identifikation mit „ihrer“ Stadt auch bei denen erreicht werden, die weder Museen noch Sportarenen besuchen und den Flughafen höchstens für den Mallorca-Urlaub nutzen – aber dafür hätte es der alte auch noch getan; der Zusammenhang dieser babylonischen Türme mit der immer weiteren Verödung des eigenen Stadtteils und dem Herunterkommen des eigenen Wohnblocks wird nur selten gesehen.

Stellvertretend für die Analogie dieser Entwicklung in der Stadtplanung mit den kommenden Zuständen in der Kirche stehen die „Leuchttürme“ im EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“. Ob ein „Zentrum für Predigtkultur“ in Wittenberg oder ein „Zentrum für Mission in der Region“ in Dortmund das ist, was die Kirchenmitglieder in der räumlichen Nachbarschaft dieser Zentren brauchen, sei dahingestellt; ob sie zu etwas anderem taugen als zur Zurschaustellung von Betriebsamkeit an der verkehrten Stelle, darf bezweifelt werden.

6. Damit sind wir beim Kern der Gefährdung der Kirche durch den Geist des Neoliberalismus angelangt: die Verwechslung der drohenden Finanzkrise mit einer Kirchenkrise. Natürlich wird die Finanzkrise genau dann zu einer Kirchenkrise führen, wenn mit falschen Mitteln aus der Mottenkiste der Unternehmensberatungen die Kirche betriebswirtschaftlich umgebaut wird. Die Finanzkrise braucht sich jedoch dann nicht zur Kirchenkrise auszuweiten, wenn die Kirche sich ihrer eigenen Identität besinnt ohne sich dem Zwang auszusetzen, auf fremde Identitätssurrogate zurückgreifen zu müssen. Eine Kirche, die eine angenommene Unverzichtbarkeit für die Gesellschaft zur Quelle ihrer eigenen Identitätsfindung macht, hat sich bereits an den Geist, der diese Gesellschaft regiert, verkauft. Sie kann dann zwar durch allerlei „zielgruppengerechte“ Angebote eine Weile ihren bisherigen Status aufrecht erhalten und „am Markt“ bestehen; sie wird jedoch Schritt um Schritt zurückgedrängt, wenn andere Anbieter, die ins gleiche Marktsegment drängen, unmittelbarer und vor allem kostengünstiger gleiche oder funktionsanaloge Leistungen erbringen. Aus diesem Grund hat die Kirche auf dem religiösen Sektor seit den 1980er Jahren entscheidende „Marktanteile“ an neue religiöse Bewegungen und an Fremdreigionen verloren; auf dem diakonischen Sektor kann sie sich derzeit noch halten, muss allerdings ihre überlieferten christlichen Überzeugungen (etwa im Bereich der Kindertagsstätten) immer mehr dem herrschenden Zeitgeist und – mehr noch – den Entwicklungen des Arbeitsmarkts anpassen.

Ausstrahlung in die Gesellschaft hinein gewinnt die Kirche aber nicht dann, wenn sie allen Trends folgt und in vorseilendem Gehorsam alle vorhandenen Kanten schleift, sondern wenn sie in ihrem Reden und Handeln einen Standpunkt vertritt, der notfalls quer zum herrschenden Zeitgeist steht. Bei Fragen, bei denen es nicht um das Unterhalten von öffentlich geförderten Einrichtungen geht, sondern um einen klaren inhaltlichen Standpunkt, zeigen kirchliche Vertreter immer wieder, dass so etwas geht: In den zurückliegenden Jahren handelte es sich dabei meist um Voten zu medizin- und bioethischen Problemstellungen. In neoliberalen Zeiten, in denen durch Ökonomisierung eine Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche droht, wartet die Gesellschaft sicherlich nicht darauf, dass die Kirche diesem Geist noch eine zusätzliche Heimat gibt; sie wird Kirche zukünftig nur dann als ernstzunehmende Stimme akzeptieren, wenn diese sich dem Ungeist mutig widersetzt, notfalls unter Inkaufnahme eigener (finanzieller) Nachteile.

7. Von daher erscheint es folgerichtig, der angenommenen Kirchenkrise durch „Aufwärtsthemen“ (so in „Kirche der Freiheit“, 2006), aufwendige Identitätsspektakel und eine den Menschen bei seinen Bedürfnissen nach Geborgenheit abholende Beheimatungs-Rhetorik entgegenzuwirken.

All diese Initiativen reagieren jedoch doch nicht auf reale Anfragen und Bedürfnislagen in den Kirchengemeinden, sondern sind auf sehr vordergründige Weise als Teil einer strategisch orientierten Öffentlichkeitsarbeit erkennbar. Wenn eine ganze Dekade thematisch „durchgetaktet“ wird, regen die einzelnen Events, besonders in der Vorbereitung, zum Nachdenken an und binden viele Kräfte in den Stabsstellen der Kirchenämter. Auch bieten sich scheinbar viele gute Gelegenheiten, wissenschaftlich arbeitende Theologen durch Vorträge, Aufsätze und Buchveröffentlichungen in die kirchliche Arbeit einzubinden.

Wenn die Themenjahre jedoch mehr sein sollen als ein kurzfristiges Konjunkturprogramm für Werbeagenturen und die wenigen verbliebenen theologischen Verlage, müsste eine nachhaltigere Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlicher Theologie und Kirche gepflegt werden. Die durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaft ausgelöste verstärkte Beschäftigung der Kirche mit sich selbst

und ihrer institutionellen Umgestaltung hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten einen inzwischen nicht mehr zu übersehenden Entfremdungsprozess zwischen der universitären Theologie und den Kirchen bewirkt. Zur Dynamik dieses Prozesses gehört die innere Emigration vieler Lehrstuhlinhaber aus der Kirche, da sie mit ihren Arbeiten keinerlei innerkirchliche Rezeption, ja nicht einmal Beachtung, erfahren. Gleichzeitig führt der neoliberale Umbau der Universitäten im Zuge der sogenannten „Bologna-Reform“ zu Transformationsprozessen auch innerhalb des Faches „Evangelische Theologie“, die diese Tendenz verschärfen: Der schleichende Umbau der Theologie zur Religionswissenschaft lässt dem hergebrachten Selbstverständnis der Theologie als auf die Kirche bezogene Wissenschaft immer weniger Raum und zwingt zu einer Neudefinition als Kulturwissenschaft.

8. Der Neoliberalismus leitet über in die postdemokratische Gesellschaft. Unter dem Diktat der globalen Ökonomie büßen nationale Parlamente immer mehr Handlungsspielraum ein. Große Volksparteien, die in der Vergangenheit für unterschiedliche Weltanschauungen im Politikbetrieb standen, neigen zur Selbstgleichschaltung. Parlamente und andere demokratische Beteiligungsformen verlieren an Gewicht; gleichzeitig entlädt sich an den Rändern der Frust der Globalisierungsverlierer in radikalen Bewegungen, die den herrschenden Politikbetrieb bisweilen stören, aber nicht ernsthaft behindern können. Die durch Selbstgleichschaltung in ihren Programmen austauschbar gewordenen Parteien haben aufgehört, kontroverse politische Inhalte zu debattieren und zu kommunizieren; sie streiten allenfalls noch über den effektivsten Weg, wie Hindernisse auf dem Weg zur Reform der Gesellschaft und zur Modernisierung des Staatsapparates zu beseitigen sind. Scheitern sie an dieser Aufgabe, müssen, wie derzeit in Italien, Experten aus der Wirtschaft die von der Bevölkerung gewählten Politiker ablösen.

In gleichem Maße, wie die Bedeutung der Parlamente einer schleichenden Erosion ausgesetzt ist, droht die Kirche das presbyterial-synodale Leitungsprinzip auf dem Altar des „Reformprozesses“ zu opfern. So fordert das Impulspapier „Kirche der Freiheit“, kirchliche Institutionen sollten sich für eine „klare Zuordnung von Leitungsverantwortung in der Kirche“ sowie für „eine Öffnung für moderne, schnelle Entscheidungswege“ und einer „deutlichen Unterscheidung“ zwischen Geschäftsführung und geistlicher Aufsicht „Elemente einer modernen Führungskultur zu eigen machen“. Um diesem Ziel gerecht zu werden, bedürften jedoch die „jetzigen synodalen Strukturen, die ganz überwiegend den Gedanken der Partizipation und Beteiligung in die Mitte stellen [...] – wie andere kirchliche Handlungsfelder auch – einer kritischen Prüfung im Blick auf ihre Zielorientierung und Effektivität“.

Die Umsetzung dieses Gedankens käme der inhaltlichen Aushöhlung des synodalen Leitungsprinzips der evangelischen Kirchen gleich. War die synodale Struktur bisher ein Garant dafür, dass durch geregelte demokratische Verfahren eine möglichst breite Partizipation aller Kirchenmitglieder an Entscheidungen gewährleistet war, so wird im „Impulspapier“ erwogen, die synodale Struktur funktional in eine betriebswirtschaftlich ausgerichtete Führungskultur einzubauen. Synoden dienen nicht mehr der Partizipation *an* der Macht, sondern lediglich der Legitimation *von* Macht. Damit wird zwar formal das synodale Prinzip gewahrt (ähnlich wie auch „Expertokratien“ formal aus Wahlen hervorgehen) – aber eben um den Preis seiner inhaltlichen Aushöhlung. Synoden, die sich nicht mehr dem inhaltlichen Diskurs über die *Vorzüglichkeit* von Zielen verpflichtet fühlen, sondern nur noch im Dienst einer *effektiven Erreichung* von Zielen (die von übergeordneten Leitungsstellen zur Umsetzung vorgegeben werden) stehen, sind keine Synoden mehr im Sinne evangelischer Kirchenordnungen, sondern innerbetriebliche Planungsstäbe.

Die ekklesiologische Pointe dieses Gedankens dürfte deshalb darin liegen, dass eine Kirche, die nach den Vorstellungen des „Impulspapiers“ reformiert wurde, nicht nur ihren Platz inmitten der neoliberalen Gesellschaft suchen und einnehmen will, sondern auch daran geht, ihre eigenen Strukturen nach neoliberalen Grundsätzen umzubauen. Kirchenreform in *diesem* Sinn ist dann jedoch nichts anderes als die Transformation der Kirche zum Unternehmen mit einer „modernen Führungszentrale“. Synoden sind dann nicht mehr der Ort, wo nach herkömmlichen demokratischen Prinzipien verbindliche Kirchengesetze debattiert und beschlossen werden, sondern „Kompetenzzentren“ für funktionsangemessene Entscheidungen zwischen Lösungsvarianten, die von der Hierarchie als Alternativen zur Abstimmung vorgelegt werden.

9. Gegenstand der bisherigen Standortbestimmung waren die evangelischen Landeskirchen und die EKD. Allerdings betreffen viele der dargestellten Sachverhalte ebenso die römisch-katholischen Bistümer. Ausdrücklich ausgenommen sind die evangelischen Freikirchen, da diese entweder durch extreme Bekenntnisorientierung sich selbst gegen neoliberale Tendenzen der Gesellschaft immunisieren (so die klassischen evangelischen Freikirchen wie SELK und Altreformierte, aber auch viele mennonitische Gemeinden), oder durch extreme Privatisierung und Individualisierung des Glaubens dem Neoliberalismus Vorschub leisten und teilweise als dessen Wegbereiter und Steigbügelhalter im Raum der Kirchen auftreten (so das am US-Evangelikalismus orientierte Bekehrungschristentum, vor allem Baptisten, Adventisten und Teile des Methodismus).

Für die römisch-katholische Kirche gilt: Obwohl sie, analog den evangelischen Kirchen, vor den gleichen wirtschaftlichen Herausforderungen steht, hat sie, wenngleich ihre spezifischen Probleme durch intern zu verantwortende Ursachen wie Zölibat, Ausschluss der Frauen vom Weiheamt usw. aktuell größer erscheinen mögen, langfristig bessere Chancen, in der neoliberalen Gesellschaft zu bestehen. Sie verkörpert ein Moment der Fremdheit, das auf viele Menschen (seit einiger Zeit gerade auf Intellektuelle, die früher eher als anti-katholisch galten) attraktiv wirkt, weil in ihm eine Abgrenzung zum neoliberalen Zeitgeist erkennbar ist. Die protestantische Kirche steht demgegenüber im Ruf, diesem Zeitgeist vorausgehend Gehorsam zu leisten, und erscheint deshalb vielen als konturenlos.

10. Bereits 1972, lange vor dem Beginn des neoliberalen Zeitalters, unterschied Martin Niemöller zwischen dem wahren und dem wirklichen Herrn der Kirche. Der wahre Herr, so Niemöller damals, sei Christus, der wirkliche Herr sei der Mammon. Die restlose Verdrängung des wahren durch den wirklichen Herrn ist zwar nicht das Ziel, aber der leichtfertig in Kauf genommene Kollateralschaden vieler Reformprogramme der Kirche im Neoliberalismus.